

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: Steuerreform 1990 - Regionalpolitik -  
VW-Rationalisierungspläne - Wettbewerbsrecht - UdSSR**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1988) : Kurz kommentiert: Steuerreform 1990 - Regionalpolitik - VW-Rationalisierungspläne - Wettbewerbsrecht - UdSSR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 68, Iss. 6, pp. 281-282

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136404>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## Steuerreform 1990 Zuviel versprochen

---

Die Steuerentlastung 1990, die einmal voreilig als größte Steuersenkung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet wurde, gerät zunehmend in den Verdacht, sich als ein nicht einlösbares Versprechen zu erweisen. Es begann mit der Fehlentscheidung, den neuen Steuertarif ohne gleichzeitige Offenlegung der Finanzierung zu verkünden. Den Steuerzahlern wurde zunächst ein Entlastungsvolumen von 40 Mrd. DM mit eindrucksvollen Berechnungsbeispielen vorgeführt, die sich später bei der Konkretisierung der zu streichenden Steuervergünstigungen in Höhe von 19 Mrd. DM zwangsläufig als Illusion herausstellen mußten. Die Steuerpolitiker hatten damit erreicht, daß die Kritik über verlorengegangene steuerrechtliche Besitzstände und nicht das Lob über eine Nettoentlastung von 18 Mrd. DM die Diskussion beherrschte.

Es kann eigentlich kaum noch verwundern, wenn nur zwei Monate nach Verabschiedung des Steuerreformgesetzes 1990 eine Erhöhung von Verbrauchsteuern – zum Ausgleich höherer EG-Lasten – angekündigt wird. Der Steuerzahler wird nunmehr damit rechnen müssen, daß von der gesamten Bruttoentlastung der Steuerreform nur noch rund 10 Mrd. DM übrig bleiben. Dieses zusammen mit der Ankündigung höherer Beitragssätze für die Arbeitslosenversicherung ab 1989 sowie für die Rentenversicherung in den neunziger Jahren erweckt den Eindruck planloser Entscheidungen ohne vorausschauendes finanzpolitisches Gesamtkonzept. Der Unmut des Bürgers darüber, daß für ihn trotz Steuerreform in den kommenden Jahren unter dem Strich kaum eine Entlastung herauskommt, ist absehbar und auch verständlich. Unverständlich bleibt jedoch, warum die Regierung die Steuerreform 1990 nicht von vornherein als das deklariert hat, was sie letztlich ist: eine Veränderung der Steuerstruktur und ein Ausgleich für steigende EG- und Sozialversicherungslasten. ws

---

## Regionalpolitik Strukturfonds gegen Süd-Nord-Gefälle

---

In einer Gegenposition zu Ernst Albrechts umstrittenem Vorschlag zur Neuverteilung der Sozialhilfearwendungen zwischen dem Bund einerseits und den Ländern und Gemeinden andererseits hat sein Kollege

Lothar Späth unter anderem die Schaffung eines Strukturfonds angeregt, der zur Förderung strukturschwacher Regionen und zur Eindämmung der wachsenden Sozialhilfelasten eingesetzt werden soll. In einem Zeitraum von zunächst zehn Jahren sollen der Bund 20 und die Länder 2 Mrd. DM in diesen Fonds einbringen. Finanziert werden sollen die Gründung von Gewerbezentren und Forschungseinrichtungen sowie die Erschließung von Industriegelände und der Ausbau der Infrastruktur.

Während der Vorschlag Albrechts zur Neuverteilung der Sozialhilfelasten lediglich als ein Kurieren an Symptomen einzustufen ist, zielt Späths Beitrag direkt auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze und damit auf die Ursachen der gegenwärtigen Strukturprobleme der nord- und westdeutschen Bundesländer. Ob Lothar Späths Strukturfonds tatsächlich zur Minderung der regionalen Disparitäten zwischen den wohlhabenden südlichen und den übrigen Bundesländern nachhaltig beitragen könnte, ist jedoch zu bezweifeln. Denn erst kürzlich verlautete aus München, die Wahl eines norddeutschen Standortes für das geplante europäische Mikroelektronik-Zentrum JESSI allein aus regionalpolitischen Gründen sei aus bayerischer Sicht nicht akzeptabel. Selbst ein von Späth zur Diskussion gestelltes Strukturministerium wäre wohl mit der Aufgabe überfordert, ständig zwischen den regionalen Egoisten der Bundesländer und dem Verfassungsgebot zur Wahrung einheitlicher Lebensbedingungen zu vermitteln. hn

---

## VW-Rationalisierungspläne Keine heilige Kuh

---

Nur zwei Monate nach dem Rückzug des Bundes aus dem Volkswagen-Konzern und kurz vor der Feier des 50jährigen VW-Jubiläums sind zwei Vorstandspapiere bekanntgeworden, die auf die unbefriedigende Ertragslage im Vergleich zu europäischen Konkurrenten hinweisen und eine Vielzahl von Rationalisierungsmaßnahmen enthalten. Neben Kürzungen bei den Sachkosten sehen die Pläne für die nächsten Jahre eine drastische Senkung der Personalkosten vor. Zunächst sollen außer tarifliche Vergünstigungen abgebaut werden.

Der Übergang zu einer stärkeren Kosten- und Gewinnerorientierung bei VW ist, so spät er auch stattfindet, zu begrüßen. Sicherlich erleichtert der Ausstieg des Bundes das Vorgehen. Allzu lange hatten in der Unter-

nehmenspolitik zu Lasten der Erträge politische Gesichtspunkte wie die Schaffung von Arbeitsplätzen im Inland und – über den hauseigenen Tarif mit der IG-Metall – von hervorragenden Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter ein allzu großes Gewicht. Vergleichbare private europäische Wettbewerber wie etwa Fiat und Ford haben dagegen in den letzten Jahren größere Rationalisierungsfortschritte und weit höhere Umsatzrenditen erzielt.

Angesichts des zunehmenden Sättigungsgrades auf dem europäischen PKW-Markt, auf dem VW in den letzten Jahren der Marktführer war, sehr gedämpfter Absatzaussichten für die nächsten Jahre und des zunehmenden Wettbewerbs mit europäischen, aber auch mit japanischen Herstellern sind Maßnahmen zur Optimierung der Produktion und Senkung der Kosten bei VW dringend nötig. Zur Sicherung der Marktposition und damit der Arbeitsplätze sollten nicht nur außertarifliche Sozialleistungen zur Disposition stehen; auch der erst 1990 auslaufende Haustarifvertrag sollte keine unantastbare „heilige Kuh“ sein. sp

---

### Wettbewerbsrecht Ballspiele

---

Ein Lehrstück über die Folgen von Änderungen staatlicher Regulierung ist zur Zeit auf dem Markt der Rechte für Fußballübertragungen zu beobachten. Als private Fernsehsender noch verboten waren, standen sich auf diesem durch sichere hohe Zuschauerraten gekennzeichneten Markt zwei Monopolisten gegenüber – der Deutsche Fußballbund als Anbieter und die gemeinsam auftretenden öffentlich-rechtlichen Anstalten als Nachfrager. Auch wenn bei einem solchen bilateralen Monopol immer ordentlich um Preise gestritten und gedroht wird, waren ARD und ZDF die Rechte letztlich doch sicher.

Mit dem Auftreten privater Fernsehanbieter ist eine neue Situation entstanden. Nun gibt es zusätzliche Nachfrager, denen die Rechte zudem noch mehr wert sein dürften als den alten, denn ihnen ist die abendliche Werbung erlaubt und die Einnahmen daraus hängen – zumindest indirekt – auch noch von den Einschaltquoten ab. Diese neue Art der Eigentumsrechte mußte, zusammen mit dem Wettbewerb unter den Nachfragern, den Preis in die Höhe treiben, eine für die ehemaligen Nachfragemonopolisten eher unangenehme Entwicklung. Also versuchten sie, alle Nachfrager unter einen Hut zu bekommen und so ein Submissionskartell zu bilden, zwar mit der öffentlichen Begründung, von einem Zwischenhändler nicht kaufen zu wollen, aber doch

wohl auch, um den Preis niedrig zu halten. Jedenfalls war der gemeinsam gebotene Preis niedriger als derjenige, den die Ufa allein zu zahlen bereit war. Dieser Versuch scheiterte letztlich und war wohl auch nicht Rechtsens. So wurde aus einem zweiseitigen Monopol nun ein einseitiges des DFB. Aber – so sagt das Kartellamt nun zu Recht – warum sollen die Vereine die Rechte an ihren Spielen eigentlich über den DFB verkaufen? Wenn sie diese selber anböten, würde es sich hier plötzlich um einen Markt mit Wettbewerb auf beiden Seiten handeln. kra

---

### UdSSR

### Neues Genossenschaftsgesetz

---

Nach dem Gesetz über die Staatsbetriebe und dem Gesetz über individuelle Arbeit ist das neue Gesetz über Genossenschaften, das am 1. Juli in Kraft tritt, ein weiterer Schritt zu mehr Eigeninitiative in der UdSSR. Die flexibleren und marktnäheren Genossenschaften werden den Staatsbetrieben rechtlich gleichgestellt und sollen so zur Verbesserung des nur schwach entwickelten Konsumgüter- und Dienstleistungsangebots beitragen.

Verabschiedet werden konnte das Gesetz erst nach lebhaften Debatten mit verschiedenen Änderungen und Zusätzen. So waren Befürchtungen laut geworden, einige Bestimmungen des Gesetzentwurfs würden den Handlungsspielraum der Genossenschaften zu stark einengen. Streitpunkt waren unter anderem die speziellen Vorschriften über die Staatsaufträge an die Kolchosen; kritisiert wurde, daß die staatlichen Planer auf diese Weise weiterhin Einfluß ausüben könnten. Zukünftig wird den Kolchosen ebenso wie den übrigen Genossenschaften die freie Entscheidung über die Verwendung ihrer Produktion überlassen. Strittig war auch die seit Anfang April eingeführte Form der progressiven Besteuerung von Genossenschaftseinkommen, in der einige Abgeordnete ein gefährliches Hindernis für die Entwicklung von Eigeninitiativen sahen. Die Regierung wurde daher aufgefordert, die Einkommensgrenze für die progressive Besteuerung zu erhöhen.

Ob sich der laut Regierungszeitung Iswestija „revolutionäre Charakter“ des neuen Gesetzes eines Tages in der Wirklichkeit durchsetzen wird, hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit die Reform der Gesamtwirtschaft vorangetrieben wird. Erforderlich sind z.B. die Verteilung der Materialien und Vorprodukte über den Markt (Großhandel) sowie eine Neugestaltung des Preissystems, soll die Materialversorgung der Genossenschaften nicht schnell an Grenzen stoßen. sr